

Der Ausführverantwortliche im Außenwirtschafts- und Kriegswaffenkontrollrecht

von

Rechtsanwalt
Dr. Jens-Uwe Hinder, LL.M.

1999

B 57676

Juristische Gesamtbibliothek
Technische Universität Darmstadt



Aschendorff
Rechtsverlag
Münster

Verlag
Dr. Otto Schmidt
Köln

ols

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XX
Einleitung	1
Erster Teil: Der Ausführverantwortliche im System der Rüstungsexportkontrolle	9
A. Das System der deutschen Rüstungsexportkontrolle.....	10
B. Die nationale Rüstungsexportkontrolle im Rahmen des internationalen Rüstungsexportkontrollrechts	11
I. Die “dual-use-Verordnung” der EG	12
II. Anwendungsvorrang des Gemeinschaftsrechts.....	14
III. Zwischenergebnis	17
C. Auswirkungen der “Grundsätze” auf die Genehmigungsverfahren.....	18
I. Auswirkungen im Hinblick auf die Genehmigungserteilung nach § 6 KWKG	18
II. Auswirkungen im Hinblick auf die Genehmigungserteilung nach § 3 AWG.....	20
III. Auswirkungen im Hinblick auf die Genehmigungserteilung nach der “dual-use-Verordnung”	23
1. Die Genehmigungserteilung nach der “dual-use-Verordnung”	23

2. Verwaltungsvollzug der “dual-use-Verordnung”	25
IV. Die rechtliche Außenwirkung der “Grundsätze”	28
1. Die rechtliche Außenwirkung der “Grundsätze” bei einem Antrag nach § 6 Abs. 3 Nr. 3 KWKG	29
1.1 Mittelbare Außenwirkung über die Selbstbindung der Verwaltung nach Art. 3 Abs. 1 GG	31
1.2 Mittelbare Außenwirkung über den Grundsatz des Vertrauensschutzes	33
1.3 Unmittelbare Außenwirkung	36
1.4 Zwischenergebnis	37
2. Rechtliche Außenwirkung der “Grundsätze” bei einem Antrag nach § 3 Abs. 2 AWG	37
2.1 Die “Grundsätze” als norminterpretierende Verwaltungsvorschriften.....	37
2.2 Die “Grundsätze” als normkonkretisierende Verwaltungsvorschriften.....	40
2.3 Zwischenergebnis	44
3. Rechtliche Außenwirkung bei einem Antrag nach der “dual-use- Verordnung”	44
D. Zwischenergebnis	46
Zweiter Teil: Die Rechtsstellung des Ausführverantwortlichen	47
A. Rechtsverhältnis zwischen Ausführverantwortlichem und Unternehmen	48
I. Rechtsakt zur Erlangung der Rechtsstellung des Ausführverantwortlichen	49
1. Formale Benennungstheorie	50
2. Materielle Theorie.....	52

3. Kombinationstheorie.....	53
4. Stellungstheorie	55
II. Zwischenergebnis.....	56
III. Die Bestellung zum Ausführverantwortlichen	56
1. Zuständigkeit zur Bestellung	57
1.1 Zuständigkeit bei Bestellung im Rahmen der Aufgabenverteilung innerhalb des Geschäftsleitungsorgans	57
1.2 Zuständigkeit bei Bestellung eines neuen Geschäftsleitungsmitglieds	59
1.3 Mitwirkungsrecht des Betriebsrates.....	60
1.4 Zwischenergebnis	60
2. Die Rechtsverhältnisse des Ausführverantwortlichen als Geschäftsleitungsorgan zum Unternehmen.....	61
2.1 Das Grundverhältnis	62
2.1.1 Rechtsnatur und Wirkungen	62
2.1.2 Verhältnis des Grundverhältnisses zur Bestellung zum Ausführverantwortlichen	62
2.2 Verhältnis der organschaftlichen Bestellung zur Bestellung zum Ausführverantwortlichen	66
2.3 Zwischenergebnis	67
IV. Die Aufgaben des Ausführverantwortlichen	68
1. Die Zeichnung der Ausfuhranträge.....	69
1.1 Verantwortungsübernahmeerklärung bei einem Antrag nach dem AWG	70
1.2 Die Verantwortungsübernahmeerklärung bei einem Ausfuhrantrag nach dem KWKG	72

2. Überwachung der Ausföhrtätigkeit des Unternehmens	73
2.1 Übertragung durch das Unternehmen	73
2.2 Der Ausföhrverantwortliche als Beliehener	75
3. Zwischenergebnis	78
V. Anforderungen an die Person des Ausföhrverantwortlichen	79
1. Unternehmensbezogene Anforderungen.....	80
1.1 Mitgliedschaft in der Geschäftsleitung	80
1.2. Verantwortlichkeit für die Durchführung der Ausföhr.....	82
1.3. Mehrheit von Ausföhrverantwortlichen innerhalb eines Unternehmens	84
2. Persönliche Anforderungen	87
2.1 Zuverlässigkeit.....	87
2.2 Fach- und Sachkunde.....	87
2.3 Geschäftsfähigkeit	89
3. Zwischenergebnis	89
B. Rechtsverhältnis zwischen Ausföhrverantwortlichem und Behörde	89
C. Rechtsverhältnis zwischen Unternehmen und Behörde.....	91
D. Verantwortlichkeit des Ausföhrverantwortlichen.....	92
I. Öffentlich-rechtliche Verantwortlichkeit des Ausföhrverantwortlichen	92
1. Strafrechtliche Verantwortlichkeit.....	92
1.1 Der Ausföhrverantwortliche als Unterlassungstäter	94
1.1.1 Der Ausföhrverantwortliche als Beschützergarant	96
1.1.2 Der Ausföhrverantwortliche als Überwachungsgarant.....	98

1.1.3 Zwischenergebnis	101
1.2 Auswirkungen auf die übrige Geschäftsleitung.....	101
1.3 Zwischenergebnis	104
1.4 Anzeigepflicht des Ausführverantwortlichen	106
2. Verantwortlichkeit im Sinne des Ordnungswidrigkeitenrechts	110
II. Zivilrechtliche Verantwortlichkeit	110
1. Haftung gegenüber dem Unternehmen	111
1.1 Haftungsbegründendes Fehlverhalten.....	111
1.2 Haftungsausschlüsse	113
1.2.1 Der Grundsatz der gefahrgeneigten Arbeit.....	113
1.2.2 Mitverschulden des Unternehmens.....	114
2. Haftung gegenüber Dritten	115
E . Zwischenergebnis	116
Dritter Teil: Rechtmäßigkeit der “Grundsätze”	119
A. Prüfungsumfang	120
I. Die “Grundsätze” im Rahmen eines Antrags nach dem AWG	121
1. Einschränkung des Prüfungsumfangs aufgrund administrativer Entscheidungsprärogativen	121
1.1 Einschränkungen der behördlichen Beurteilungsspielräume aufgrund der neueren Rechtsprechung des BVerfG	123
1.2 Rechtsbegriffe mit besonderer “Affinität zum politischen Bereich”	130
1.3 Fachkenntnisse aus “Gebieten außerhalb des Rechts”	131
1.4 Anwendung der Rechtsprechung des BVerfG.....	133

1.5 Vergleich mit der parallelen Diskussion im Gewerbe- und Gaststättenrecht.....	135
2. Zwischenergebnis	136
II. Die “Grundsätze” im Rahmen eines Antrags nach dem KWKG und der “dual-use-Verordnung”	137
B. Zuständigkeit der Bundesregierung	140
I. Zuständigkeit nach dem AWG und der “dual-use-Verordnung”	140
II. Zuständigkeit nach dem KWKG	141
C. Rechtmäßigkeit der durch die “Grundsätze” aufgestellten Genehmigungsvoraussetzungen	142
I. Rechtmäßigkeit der Nr. 2 der “Grundsätze”	143
1. Rechtmäßigkeit im Hinblick auf das Unternehmen.....	143
1.1 Schutzbereich.....	144
(1) Organisationsfreiheit	147
(2) Dispositionsfreiheit	148
1.2 Eingriff in Art. 12 Abs. 1 GG	149
1.2.1 Der mittelbare Grundrechtseingriff	149
1.2.2. Intensität des mittelbaren Grundrechtseingriffs.....	152
1.3 Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	155
1.3.1 Gesetzesvorbehalt	155
1.3.2 Die Verwaltungsvorschriften im Rahmen des Gesetzesvorbehalts	156
1.3.3 Verfassungsrechtliche Rechtfertigung aufgrund verfassungsrechtlicher Bestimmungen	158
(1) Art. 26 GG.....	158

(2) Das “staatliche Interesse an ungestörten auswärtigen Beziehungen”	160
1.3.4 Verfassungsrechtliche Rechtfertigung aufgrund der §§ 6 Abs. 3 Nr. 3 KWKG und 3 Abs. 2 S. 1 AWG	163
(1) Geeignetheit	165
(2) Erforderlichkeit	167
(3) Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne	167
1.4 Grundrechtsschutz im Rahmen des Vollzugs der “dual-use-Verordnung”	168
1.5 Zwischenergebnis	171
2. Rechtmäßigkeit im Hinblick auf den Ausführverantwortlichen.....	171
3. Zwischenergebnis	174
II. Rechtmäßigkeit der Nr. 3 der “Grundsätze”	174
1. Vereinbarkeit mit den Zuverlässigkeitsbegriffen der §§ 3 Abs. 2 S. 1 AWG, 6 Abs. 3 Nr. 3 KWKG.....	175
1.1 Vereinbarkeit mit dem Zuverlässigkeitsbegriff des § 6 Abs. 3 Nr. 3 KWKG	175
1.1.1 Der spezielle Zuverlässigkeitsbegriff des § 6 Abs. 3 Nr. 3 KWKG	175
1.1.2 Der Zuverlässigkeitsbegriff der Nr. 3 der “Grundsätze”	179
1.2 Vereinbarkeit mit dem Zuverlässigkeitsbegriff des § 3 Abs. 2 S. 1 AWG	183
2. Grad der Rechtsgutgefährdung	184
3. Vereinbarkeit mit § 75 VwGO und dem Gebot der Rechtssicherheit.....	188
III. Rechtmäßigkeit der Nr. 4 der “Grundsätze”	190
IV. Rechtmäßigkeit der Nr. 5 der “Grundsätze”	193

1. Rechtmäßigkeit im Hinblick auf den Ausführverantwortlichen.....	194
1.1 Vereinbarkeit mit Art. 12 Abs. 1 GG.....	194
1.1.1 Schutzbereich des Art. 12 Abs. 1 GG.....	194
a. Geschäftsleitertätigkeit als Beruf.....	195
aa. Die Tätigkeit im allgemeinen.....	195
bb. Die Organstellung im besonderen.....	197
b. Die Ausführverantwortlichen-Tätigkeit als Beruf.....	198
1.1.2 Zwischenergebnis	201
1.1.3 Eingriff in Art. 12 Abs. 1 GG	201
(1) Mittelbarer Eingriff bei Dazwischentreten eines Dritten ...	202
(2) Zwischenergebnis.....	205
1.1.4 Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	206
(1) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung aufgrund des § 6 Abs. 3 Nr. 3 KWKG	206
a. Geeignetheit	206
aa. Schaffung eines Verhaltensanreizes.....	207
bb. Ausschluß unzuverlässiger Personen von der Ausföhrtätigkeit	207
b. Erforderlichkeit.....	208
c. Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne	210
d. Zwischenergebnis	217
(2) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung aufgrund des § 3 Abs. 2 S. 1 AWG	218
1.2 Zwischenergebnis	218
2. Rechtmäßigkeit im Hinblick auf das Unternehmen.....	219

3. Zwischenergebnis	220
D. Die “Grundsätze” im Hinblick auf den Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	221
E. Die “Grundsätze” im Verwaltungsverfahren nach der “dual-use- Verordnung”	224
I. Die “Grundsätze” und das Effizienzgebot	225
II. Die “Grundsätze” und das Diskriminierungsverbot	227
Vierter Teil: Rechtsfolgen	229
A. Teilrechtswidrigkeit versus Gesamtrechtswidrigkeit	230
B. Bindungswirkung gegenüber den Genehmigungsbehörden	234
C. Auswirkungen auf das Genehmigungsverfahren	239
I. Auswirkungen des Fehlens der Voraussetzungen auf die Genehmigungserteilung	239
II. Konsequenzen für bereits erteilte Genehmigungen	241
1. Die Aufhebung der Genehmigung im Genehmigungsverfahren nach dem KWKG	241
2. Die Aufhebung der Genehmigung im Genehmigungsverfahren nach dem AWG	243
3. Die Aufhebung der Genehmigung im Genehmigungsverfahren nach der “dual-use-Verordnung”	244
III. Anspruch auf Anwendung der Verwaltungsvorschriften	245
D. Unterlassungs-, Folgenbeseitigungs- und Entschädigungsansprüche	247
I. Der Unterlassungsanspruch	247
II. Folgenbeseitigungsanspruch	247
III. Entschädigungsansprüche	248

1. Amtshaftungsansprüche gem. Art. 34 GG, § 839 BGB.....	249
1.1 Amtspflichtverletzung	249
1.2 Drittbezogenheit der Amtspflicht	251
1.3 Verschulden	252
1.4 Schaden, Kausalität.....	252
1.5 Haftungsausschluß	253
2. Zwischenergebnis	253
E. Rechtsschutz.....	255
I. Rechtsschutz gegenüber der Verwaltungsentscheidung.....	255
II. Rechtsschutz unmittelbar gegenüber den “Grundsätzen”	260
1. Mittelbarer Grundrechtseingriff durch Verwaltungsvorschriften....	261
2. Zwischenergebnis	269
Schlußbetrachtung und Zusammenfassung	271
Schlußbetrachtung	271
Zusammenfassung	275
Anhänge	285
Schrifttumsverzeichnis	297
A. Kommentare, Aufsätze und Monographien.....	297
B. Amtliche Quellen	319
Stichwortverzeichnis.....	321